Haupt-Bunker der Neuen Reichskanzlei in der Voßstraße
Ein Schlüsselbauwerk der Berliner Erinnerungskultur

Berlin, 15. Oktober 2026

Noch ist der Abbruch des Haupt-Bunkers der Neuen Reichskanzlei nicht abgewendet. Aufgrund der außerordentlichen historischen Bedeutung muss dieses Bauwerk unbedingt erhalten werden. In seinen Räumen (ca. 1.200 qm) könnte eine Dokumentationsstätte entstehen, die auch eine Darstellung des NS-Regierungsviertels, des Zentrums der NS-Diktatur, umfasst – bisher eine empfindliche Lücke der Berliner Erinnerungslandschaft. Eine Dokumentationsstätte mit Blick auf die verschiedenen Perioden der NS-Zeit (Aneignung, Ausbau, Verteidigung, Untergang), mit besonderer Betonung der letzten Periode samt Bunkernutzung und Zusammenbruch, ergänzt um die Geschichte nach 1945 während der Sowjetischen Besatzungszone bzw. der DDR samt dortigem Mauerbau. Mit den Berliner Unterwelten steht ein möglicher Träger mit großer Erfahrung für einen solchen Erinnerungsort zur Verfügung.



Dieses Bild ging um die Welt: General Helmuth Weidling, der letzte Kampfkommandant Berlins, verlässt den Bunker der Reichskanzlei an der Voßstraße – aber nicht, wie in der Propaganda suggeriert, am 2. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation der Wehrmacht in Berlin, sondern – nachgestellt – am 6. Mai 1945, zwei Tage vor der bedingungslosen Kapitulation der gesamten Wehrmacht und damit dem Ende des Weltkriegs in Europa. Das Bild steht für den militärischen Zusammenbruch der NS-Diktatur ebenso wie für das Ende der NS-Herrschaft in Berlin.

An der Voßstraße stand die Neue Reichskanzlei, Amtssitz Hitlers und Zentrum der NS-Diktatur. Der von Albert Speer geplante und 1939 eröffnete Riesenbau mit einer Länge von etwa 420 Metern lag im Zentrum des NS-Regierungsviertels der Reichshauptstadt, aber kaum einer weiß das heute noch. Die Neue Reichskanzlei wurde nach dem Krieg abgerissen – einer der wenigen Bauten deutschlandweit, die unmittelbar nach Kriegsende beseitigt wurden. Allerdings nicht ganz: Auf dem Gelände existiert noch heute ein Großteil des Haupt-Bunkers der Neuen Reichskanzlei. Warum ist dieses Relikt so außerordentlich wichtig?

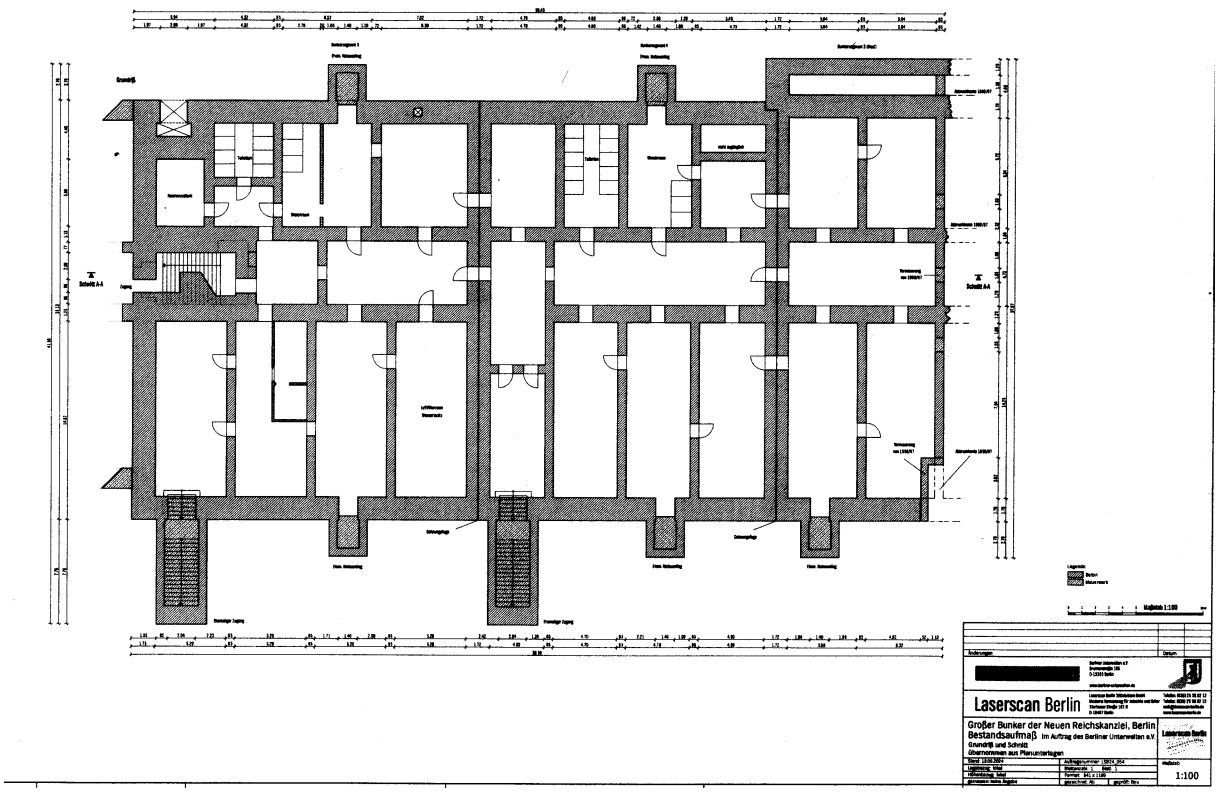
Berlin hat vor allem nach der Jahrtausendwende sehr große Fortschritte in der Erinnerungskultur mit Blick auf die Opfer der NS-Zeit gemacht. Erinnert sei etwa an die Gedenkstätte Deutscher Widerstand (1989), an das Denkmal für die ermordeten Juden Europas (2005) und an das Dokumentationszentrum Topographie des Terrors (2010) in der Nachbarschaft, sondern auch an das Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit in Schöneweide (2006). Was aber merkwürdigerweise noch fehlt, ist eine systematische Dokumentation des NS-Regierungsviertels. Wer weiß heute noch, wo die Neue Reichskanzlei stand, wer weiß noch über die Bedeutung der Voßstraße? Wer kennt das Hinweisschild? Und wer kann das Regierungsviertel der NS-Diktatur verorten, wer kennt die anderen wichtigen Orte der NS-Regierung? Etwa die Amtssitze von Joseph Goebbels und Fritz Todt? Die Neubauten der späten DDR an der Wilhelmstraße haben das Vergessen noch weiter gefördert.

Dem schrittweisen Aufbau einer vorbildlichen Erinnerungskultur droht jetzt aber ein unverständlicher Rückschritt. Denn der Haupt-Bunker der Neuen Reichskanzlei soll nach gegenwärtigem Stand abgebrochen werden. Für das frei geräumte Gelände sind auf Grundlage eines alten Bebauungsplanes zwei kleinere Neubauten vorgesehen: ein Wohngebäude und ein Bürogebäude. Der private Investor ist nicht bekannt, das genaue Projekt ebenfalls nicht. Auch nicht der genaue Stand des Baurechts. Ein wenig transparentes Verfahren. Das Bauprojekt steht der Erhaltung des Bunkers aber nicht unbedingt im Wege. Alles deutet darauf hin, dass mit dem Bunker ein stabiler Untergrund vorhanden wäre, der „das Bauen anspruchsvoller Wohn- und Bürogebäude ermöglichen könnte“. Darauf hat schon die Baukammer in ihrer Stellungnahme vom 30. Juni 2026 hingewiesen.

Wir wissen heute, wie außerordentlich wichtig konkrete Bauten und Orte für die gesellschaftliche Erinnerung und somit für die Erinnerungskultur sind. Daher ist eine Erhaltung und Nutzung des einzigen verbliebenen Bauwerks der Neuen Reichskanzlei, des Westteils des Haupt-Bunkers, unbedingt erforderlich. Dies wurde durch das Landesdenkmalamt und den Landesdenkmalrat unterstrichen. Der Landesdenkmalrat betonte bereits in seiner Empfehlung vom 7. März 2025 den „wichtigen historischen Zeugniswert der Bunkeranlagen als letzte materielle Reste der Regierungszentrale des Dritten Reiches in Berlin“ und sah „einen möglichen Abbruch“ des Bunkers „kritisch“. Das Landesdenkmalamt wiederum wurde am 12. Januar 2026 angewiesen, den Bunker trotz dessen „umfassender historischer und wissenschaftlicher Bedeutung“ nicht als Denkmal einzustufen. Vgl. Antwort auf Frage 15 der Schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Efler und Helm vom 18. September 2026.

Wir argumentieren aber nicht nur gegen etwas, gegen den Abbruch, vor allem plädieren wir für etwas, nämlich die Räume des Bunkers für eine Dokumentationsstätte zum Regierungsviertel während der NS-Zeit zu nutzen. Anders als in München, wo das zentrale Parteiviertel der NSDAP im Umfeld des Königsplatzes nach der Einrichtung des NS-Dokumentationszentrums (seit 2015 am Standort des zerstörten „Braunen Hauses“) angemessen dokumentiert ist, fehlt ein systematischer Überblick vor Ort über das NS-Regierungsviertel in Berlin. Dieser könnte am besten über die Darstellung folgender (oft nicht

mehr existierender) Bauten bzw. Grundstücke erfolgen: an erster Stelle die Neue Reichskanzlei an der Voßstraße samt der – nicht mehr vorhandenen – alten Reichskanzlei an der Wilhelmstraße, dann das Preußenhaus (Bundesratsgebäude) sowie der Riesenkomplex des Reichsluftfahrtministeriums an der Leipziger Straße, das Haus der Flieger (Abgeordnetenhaus) sowie das Hotel Prinz Albrecht (auf dem Gelände der Topographie des Terrors) an der Prinz Albrecht-Straße (heute Niederkirchnerstraße), das Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung, das Auswärtige Amt und das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft an der Wilhelmstraße, das Reichsministerium des Inneren Unter den Linden und der Sitz des Generalbauinspektors für die Reichshauptstadt sowie der Sitz des Generalinspektors für das deutsche Straßenwesen bzw. die Dienststelle der Organisation Todt am Pariser Platz. Ergänzt um die dazugehörige Bunkerlandschaft (ursprünglich 15 Bunker).

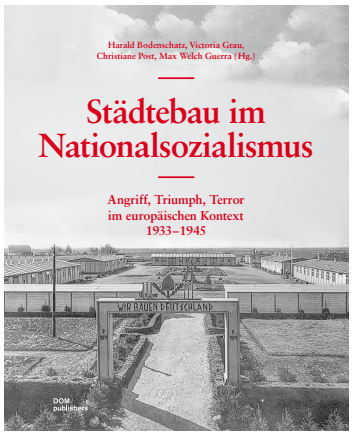


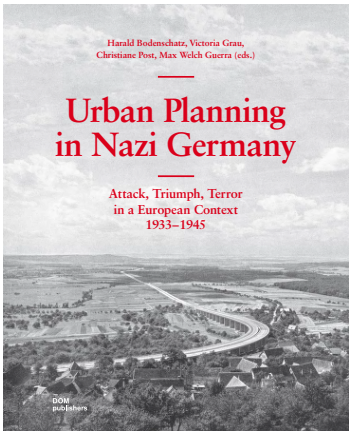
Haupt-Bunker der Neuen Reichskanzlei: Bestandsaufmaß im Auftrag der Berliner Unterwelten, ca. 1.200 qm

Möglicher Inhalt der Dokumentationsstätte (Vorschlag):
1. Neue Reichskanzlei samt Bunkeranlagen
2. NS-Regierungsviertel – Schaltzentrale der Diktatur (Hauptteil der Dokumentation)
3. Untergang des NS-Regierungsviertel am Ende des Krieges
4. Umgang mit den Ruinen-NS-Regierungsviertel nach 1945 in der SBZ und DDR
5. Plan des NS-Regierungsviertels, aufrufbar: 1933, 1939, 1943, 1946, 1960, 1989, heute

Ein Neubaukomplex für Wohnungen und Büros darf nicht zum Abbruch des letzten baulichen Zeugnisses der Neuen Reichskanzlei führen. Der Bunker muss erhalten und zu einem wichtigen Erinnerungsort in Berlin werden. Ein solches Projekt wird Berlin bereichern. Genauso bedeutsam ist jedoch, gerade in heutigen Zeiten, die Signalwirkung über Berlin hinaus – als Zeichen für die langfristige Sicherung und Erweiterung einer aktiven deutschen Erinnerungskultur. Dies sind wir nicht nur künftigen Generationen schuldig, sondern auch den ausländischen Besuchern Berlins heute und morgen. Die Debatte über den Bunker hat schon jetzt große internationale Aufmerksamkeit erfahren. Dieses Projekt ist nicht nur ein Stadtteilprojekt, nicht nur ein Berliner Projekt, nicht nur ein deutsches Projekt, es ist ein Projekt von europäischer Bedeutung.

Prof. Dr. Harald Bodenschatz
M.Sc. Victoria Grau
PD Dr. Christiane Post
Prof. Dr. Max Welch Guerra
Herausgeber*innen des preisgekrönten[1] Buches „Städtebau im Nationalsozialismus“ (2025)





[1] Die Urteilsbegründung für den Ende 2025 in London verliehenen *Architecture Book Award 2025* in der Kategorie**:** *History* für die englischsprachige Version des Buches endete mit folgenden Worten: *It is commendable that these German scholars were willing to look at this dark historical period with such rigour and candour: other nations should likewise be scrutinising their own unsavoury built heritage.*
Jury: Murray Frazer, Simon Henley, Cindy Walters.